

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Die "Textilarbeiter-Zeitung" erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post sie das Vierteljahr 5 Mark.

Verlag: Bernh. Gie, Düsseldorf, Konkordiastraße 7.
Druck und Verstand Joh. van Aden,
Crefeld, Eichstrasse Nr. 63-65.
Fernruf: 4692.

Schriftleitung: Düsseldorf, Konkordiastr. 7, Fernruf 4423, Telegr. Textilverband Düsseldorf.

Aufstieg.

frohes Schaffen, edles Streben
Gibt uns wieder Mut zum Leben,
Noch ist alles nicht verloren!

Aus der Not herausgeboren,
Lernten wir uns all verstehen,
Und das große Weltgeschehen
Schweift die Menschheit neu zusammen,
Läßt zur Einheit sie entflammen. —

Was wir wollen, muß gelingen!
Auf zur Tat und zum Vollbringen!
Sind wir so am Werk gewesen,
Wird die Welt durch uns genesen.

Ehr. Kullmann-Frankfurt a. M.

Internationaler Kongress der christlichen Gewerkschaften in Holland.

Im schönen, gastfreien Holland, welches von Revolutionsbeschwerden wenig berührt ist, fanden sich am 15. Juni d. J. und folgende Tage die Vertreter der christlichen Gewerkschaftsorganisationen aus den verschiedenen Ländern Europas zusammen.

Dieser Kongress, der christlichen Gewerkschaften ist ein Ereignis von großer Bedeutung. Der Weltkrieg zieht seine Schatten noch nach sich; die Leidenschaften der Bevölkerung der kriegsführenden Länder sind noch aufgewühlt; die furchtbaren Wunden, welche der Weltkrieg geschlagen hat, schmerzen noch. Die bestehenden Gegensätze zu überbrücken im Sinne christlicher Einigung und dem Völkerfrieden zu dienen, war die eine Seite der Zwecksetzung des Kongresses. Die andere Seite berührte uns als Arbeiter in unseren wirtschaftlichen und sozialen Interessen unmittelbar. Wir leben in einer Zeit wirtschaftlicher und sozialer Umwälzungen. Immer mehr rintzt sich die Arbeiterschaft in den einzelnen Ländern. Die Fragen und Probleme, welche die gegenwärtige Zeit aufwirft, haben nicht nur nationale, sondern auch internationale Bedeutung. Wir stehen im Weltverkehr und -handel, und es kann uns als Arbeiter wirklich nicht einerlei sein, ob die anderen Länder eine längere Arbeitszeit, schlechtere oder bessere soziale Gesetze, Verhältnisse usw. haben wie wir. Hinzu kommt, daß der Friedensvertrag eine gewisse internationale Regelung verschiedener Arbeiterfragen vorsieht. Zu diesem Zwecke hat bereits in Washington (Amerika) eine internationale Arbeitskonferenz stattgefunden. Es ist für die christliche Gewerkschaftsbewegung wichtig, auf die zukünftige Gestaltung der Dinge entsprechenden Einfluß zu gewinnen und sie im Sinne unserer Prinzipien und Strebungen zu beeinflussen.

Der stattgefundenen internationale Kongress hat die in ihm gestellten Erwartungen insofern erfüllt, als die durch den Krieg in Trümmer geschlagene frühere internationale Verbindung der christlichen Gewerkschaften neu und in sich gesetzigt wieder zu Stande gekommen ist. Eine recht stattliche Anzahl von Delegierten der christlichen Gewerkschaften, und zwar aus Holland, Deutschland, Schweiz, Belgien, Frankreich, Italien, Spanien, Ungarn, Österreich und Tschecho-Slowakei hatte sich eingefunden. Zusammen waren 98 Delegierte anwesend, welche 3367400 Mitglieder vertraten. Deutschland hatte 22 Delegierte entsandt. Aus Dänemark, Luxemburg und England waren Vertreter von noch nicht angeschlossenen Organisationen anwesend. Der Kongress selbst tagte in der schönen holländischen Residenzstadt Utrecht. Die holländischen Freunde hatten ihr Möglichstes getan, um den Boden zu finden, worauf eine Einigung zu Stande kommen konnte. Nach dem vorangegangenen Krieg und den noch bestehenden Gegensätzen war es das Gegebene, daß Kollegen aus einem neutralen Lande die Verbindung wieder herzustellen versuchten. Ganz leicht ist es nicht gewesen, und auch auf dem Kongress kamen die Gegensätze zum Ausdruck. Wie stark die Gegensätze noch sind, zeigte sich z. B. auch auf der übriglich stattgefundenen inter-

nationalen Seelenkonferenz in Genua. Allerdings spielte die Haltung der deutschen Arbeiter zu den Kriegsgeschäften auf dem internationalen Kongress der christlichen Gewerkschaften im Haag weniger eine Rolle mehr. Man war von allen Seiten bemüht, Gegensätze auszugleichen und einen lebensfähigen internationalen Verband der christlichen Gewerkschaften zu Stande zu bringen. Wo gegensätzliche Meinungen zum Ausdruck kamen, wußten die deutschen Delegierten ihre nationale Ehre zu wahren.

Schwierig waren die Fragen über den Sitz des internationalen Sekretariates und über die Zusammensetzung des vom Kongress zu wählenden Vorstandes. Trotzdem Deutschland vor dem Kriege sowohl das internationale Sekretariat verwaltete, wie auch den Vorsitzenden stellte, ging das Bestreben der meisten Delegierten aus den anderen Ländern dahin, weder den Posten des ersten Vorsitzenden noch das Sekretariat an eines der am Kriege beteiligt gewesenen Länder abzugeben. Die deutschen Delegierten konnten dem natürlich nicht zustimmen. Schließlich einigte man sich dahin, den Sitz des Sekretariates in ein neutrales Land zu verlegen, die Verteilung der Leiter im Vorstand jedoch beim vom Kongress gewählten Vorstand zu übertragen. Im Vorstand sind alle Gesamtverbände der einzelnen Länder durch einen Delegierten vertreten; Deutschland jedoch mit zwei, darunter eine weibliche Delegierte. Des weiteren bleibt es dem Vorstand überlassen, eine weitere weibliche Vertreterin — evtl. aus Belgien — hinzuzuziehen.

Die Verhandlungen des Kongresses nahmen fast vier Tage in Anspruch. Auf internationalen Kongressen geht immer viel Zeit mit der Ueberzeugung der Ausführungen der Referenten und Diskussionsredner verloren. Nur wenige Delegierte. — B. der Kollege Brauer-Köln, sind in der angenehmen Lage, mehrere Sprachen verstehen und reden zu können. Eines trat des weiteren auf diesem Kongress in die Erscheinung. Die Deutschen, sowie die Delegierten aus den germanischen Ländern überhaupt, machen durchweg ihre Ausführungen in fachlicher und mehr formloser Art, während die Delegierten aus den romanischen Ländern mehr durch lebhafte Temperament und äußere Form hervortreten.

Über weitere Einzelheiten des Verlaufes des Kongresses, insbesondere über die gefassten Beschlüsse, wird noch (besonders auch im Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften) berichtet werden. Ich möchte hiermit lediglich einen mehr allgemein gehaltenen kurzen Gesamtüberblick geben. Für uns ist auch von Wichtigkeit, daß ich als Vertreter unseres Verbandes die Gelegenheit des Kongresses benutzen konnte, um mit den Delegierten der christlichen Textilarbeiterverbände aus verschiedenen Ländern Fühlung zu nehmen. Bekanntlich hatten die christlichen Textilarbeiterverbände bereits vor dem Kriege eine internationale Verbindung, welche ebenfalls durch den Krieg zerschlagen wurde. Auf dem Kongress hatten sich auch einige alte, liebe Bekannte eingefunden. Da ist zunächst der Kollege Camille Vilger aus Mülhausen im Elsass zu nennen. Letzterer war früher Beamter unseres Verbandes und gehört jetzt als Mitglied der französischen Kammer an. Ferner der Kollege Mensink aus Enschede-Holland, der früher als Beamter unseres Verbandes in dem holländischen Grenzgebiet Gronau-Enschede fungierte und jetzt als Beamter für den "Niederländischen R. A. Textilarbeiterverband" tätig ist.

Als sich am Freitag, den 18. Juni, die Vertreter der Textilarbeiterverbände auf dem Kongress zu einer Sonderbesprechung zusammenfanden, kam man einstimmig über ein, sich wieder zu einem "Internationalen Bund der christlichen Textilarbeiter" zusammenzuschließen. Die beiden holländischen Textilarbeiterverbände wurden beauftragt, die weiteren Vorbereitungen für den engeren Zusammenschluß in die Wege zu leiten. Über die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Textilarbeiter in den einzelnen Ländern soll durch einen besonderen Fragebogen mehr Klarheit geschaffen werden. Mit Rücksicht auf die bei uns in Deutschland umstrittene Frage der Arbeitszeit sei hier nebenbei nur darauf hingewiesen, daß in Holland bereits ein Gesetz angenommen wurde, wonach die wöchentliche Arbeitszeit ab 1. Oktober d. J. 45 Stunden beträgt. Gleichwie die Vertreter aus den einzelnen Ländern auf dem Kon-

greß begeistert ausriefen: „Es lebe die christliche Internationale!“ wollen auch wir hoffen, daß aus der gemeinsamen Arbeit Segen- und Friedenbringendes erzielen wird.

Preisabbau für Lebensmittel und Bedarfsartikel.

Am 1. Juni ds. Jz. hat der Centralvorstand unseres Verbandes an eine Anzahl Reichs- und Landesministerien in Berlin Eingaben zur Linderung der Not der Erwerbslosen gerichtet. (Veröffentlicht in der Textilarbeiterzeitung Nr. 25 vom 19. Juni 1920.) Auf diese Eingabe hat zuerst das Reichswirtschaftsministerium eine vom 15. Juni datierte Antwort an unsern Verband gelangen lassen. Dieselbe hat folgenden Wortlaut:

„Die Punkte 1 bis 4 des Antrages unterliegen nicht meiner Zuständigkeit; zu Punkt 5 ist zu bemerken, daß der Preisabbau für Lebensmittel bereits eingezahlt hat. Infolge des stärkeren Angebots von ausländischen Kartoffeln, insbesondere von Polen und von Frühkartoffeln aus Italien sind die Preise bereits erheblich gesunken. Für ausländisches Fleisch ist der Preis von 20.— M. auf 15.— M. pro Kilo und für Schmalz von 34.— M. auf 26.— M. ermäßigt worden. Wenn die Balutsverbesserung anhält, ist mit einem weiteren Sinken der Lebensmittelpreise, mit Ausnahme von Brot zu rechnen. Bei Brot muß berücksichtigt werden, daß jetzt große Mengen Getreide aus dem Auslande eingeschafft werden, dessen Mehrpreis zum Teil von den Verbrauchern getragen werden muß.“

(Folgt Unterchrist.)

Zu der Begründung zu unserer Eingabe vom 1. Juni hatten wir darauf hingewiesen, daß die gegenwärtige mißliche Wirtschaftslage besonders auch darauf zurückzuführen sei, daß in den letzten Monaten eine geradezu rapide Preisseigerung für Inlands-Lebensmittel und -Artikel eingetreten habe. Auf Grund dieser Sachlage hielten wir es für dringend notwendig, daß ein Preisabbau gerade für Inlands-Lebensmittel und -Bedarfsartikel unverzüglich erfolgen müsse, da im anderen Falle das Zurückbleiben und Sinken der Kaufkraft breiter Volkschichten sich zu einer ernsten, volkswirtschaftlichen und nationalen Gefahr auszurufen drohe.

Wie das Reichswirtschaftsministerium in seiner Antwort an uns zu erkennen gibt, scheint dasselbe große Hoffnungen zu setzen auf die Einwirkung der Preisgestaltung durch die Einführung ausländischer Lebensmittel. Wir fürchten nur, daß sich diese Hoffnungen nicht erfüllen werden, weil sie sich nicht erfüllen können. Wir sind eben zum allergrößten Teil auf die einheimischen Lebensmittel angewiesen. Das haben uns auch kürzlich wieder die Erfahrungen mit den diesjährigen ausländischen Frühkartoffeln gezeigt. Größere Mengen italienischer Frühkartoffeln sind nach Deutschland gekommen, an denen die Lieferanten beträchtliche Summen verloren haben sollen. Soll doch allein Fracht, Zoll und sonstige Frachtkosten für einen Waggon Frühkartoffeln von Mailand bis Köln rund 5000 M. also 1,60 M. auf das Kilo ausgemacht haben. Daß bei derartigen Kosten die Lieferanten nicht auf ihre Rechnung gekommen sind, ist verständlich. Wenn man die Fracht berechnet und berücksichtigt, daß die Mark in Italien etwa nur den dritten Teil des Friedenswertes gilt, dann kommt ein Preis von vielleicht vier und fünf Mark für das Pfund italienische Kartoffeln zustande. Die deutschen Großhändler wollten von diesen Preisen nichts wissen und schließlich haben die italienischen Lieferanten die Kartoffeln zu etwa 95 Mark den Bentner abgebrochen. Allerdings waren das die ersten und auch die letzten italienischen Kartoffeln, die diese Lieferanten eingeführt haben, aber aus diesem Beispiel kann man ersehen, daß die ungeheurelich gestiegenen Frachtkäste, Zoll usw. die Einführung schließlich ganz unmöglich machen.

Die Einführung ausländischer Lebensmittel und Bedarfsartikel kann darum allein niemals in dem Maße auf eine Senkung des Preises einwirken, als wie dieses im Interesse weitester Volkstreize notwendig ist. Die zuständigen Regierungsstellen sollten auch zugleich nachdrücklich auf eine Herabsetzung der zu hohen Mindest- bzw. Höchstpreise für Lebensmittel im Inlande hinwirken. Die allerwichtigsten und unbedingt notwendigsten Lebensmittel sind doch unstrittig Brot, Kartoffeln, Milch usw., aber ausgerechnet diese zum Leben unabdingt erforderlichen Produkte sind in den letzten Monaten derart im Preise gestiegen, daß für viele Volksgenossen diese Produkte nicht einmal mehr in

den kleinen rationierten Mengen beschafft werden können. Es geht durchaus nicht länger mehr, daß zu einer Zeit, wo die Preise für Auslandsgüter sinken, die Preise für Güter im Inland noch fortwährend steigen. Es kann aber auch umso mehr unbedenklich an einem Preisablauf im Inlande herangegangen werden, da doch den Landwirten seiner Zeit für ihre Erzeugnisse, z. B. für Kartoffeln, sehr hohe Mindestpreise zugestanden worden sind. Es wird nachgerade die allerhöchste Zeit, daß durch entsprechende Maßnahmen der Regierung dem Volke das tägliche Brot — und dazu rechnen wir auch Milch und Kartoffeln — zugestanden wird. Es ist also nicht nur Förderung der Einführung bei verbesserter Valuta, sondern besonders auch Herabsetzung der zu hohen Mindest-, bzw. Höchstpreise für Lebensmittel im Inlande unbedingt notwendig.

Die Schraube bricht.

Was bei der Besserung unserer Valuta vorauszusehen war, hat jetzt plötzlich in unserem Leben sich zu vollziehen begonnen, eine Preisgestaltung ist eingetreten. Dies ist uns beweiskräftiger, als wir mitten in einer Zeit leben, die noch in jedem Hinsicht gekennzeichnet ist durch den Warenmangel. Die Ursache der Preisgestaltung liegt also nicht in den Abnahmefähigkeiten an sich, sondern ist gegeben in den Preisverhältnissen.

Es rächt sich jetzt bitter die Preispolitik jener, die stets ohne weiteres den vollen Anschluß der Inlandspreise an die Auslandspreise gefordert haben. Wir haben überall da, wo die völlig freie Wirtschaft durchgeführt worden ist, in der letzten Zeit Preissteigerungen gesehen, die das vernünftige Maß überschreiten. Nun hat die Mark sich wesentlich gehoben, und die Folge ist, daß die Preise unserer Erzeugnisse zum Teil schon über dem Weltmarktpreis stehen, zum Teil sehr nahe gekommen sind, daß das Ausland nicht mehr kaufen will. Im Inland aber ist durch die ständig fortgesetzten Preiserhöhungen die Kaufkraft der Bevölkerung trotz erhöhten Einkommens nicht mehr stark genug, um die umgehoben hohen Preise zu zahlen zu können. Auch macht sich jetzt die Tatsache geltend, daß die Bevölkerung das Allernotwendigste auf manchen Bedarfsgütern angehäuft hat und nun infolge der Riesenpreise abgeschrägt wird, weitere Einkäufe zu machen. Dies trifft besonders auf dem Gebiete der Bekleidung zu.

Man hat eben vergessen, daß überhaupt ein Angleich zwischen Einkommen und Preisgestaltung durch die Freiwirtschaft heute nicht erzielt werden kann. Den hohen Preisen müssen notwendigerweise Lohnsteigerungen und Bevölkerungsverhinderungen folgen, wenn nicht der größte Teil der Bevölkerung durch die Teuerung vollkommen zerrieben werden sollte. Aber diese Einkommenssteigerung kann bei freier Entwicklung nie so hoch sein, wie die Steigerung der Warenpreise, weil die vermehrte Kaufkraft der Bevölkerung sofort ein weiteres Anwachsen der Preise zur Folge hat. Nur sieken wir bei der sichtbaren Lage, daß trotz geringer Warenvorräte der Nachfrage und damit die Produktion ins Stocken kommen. Die Auswirkung der Arbeitskrise, die für unser deutsches Volk eine Lebensfrage bedeutet, wird dadurch direkt gefährdet. Neue gewaltige Schädigungen bedrohen unsere Volkswirtschaft.

Die Freiwirtschaft hat also dazu geführt, daß das ständige Drehen der Preis- und Einkommensrichtschaube zu einem vollkommenen Verzagen führen droht, daß die Schraube zerbricht. Wenn irgend etwas klar zu zeigen vermag, daß nur auf dem Wege einer geschlossenen klaren Wirtschaftspolitik, aber nicht durch völlig freies Eigentum der Dinge, eine Besserung unserer Verhältnisse erfolgen kann, so soll es die gegenwärtigen Nöte unseres Wirtschaftskörpers.

Neue Verordnungen und Gesetze. Über den vorläufigen Reichswirtschaftsrat

ist am 1. Mai eine Verordnung erlassen worden (R.-G.-Bl. S. 858). In denselben werden 68 Vertreter der Land- und Forstwirtschaft, 6 Vertreter der Gärtnerei und Pflanzei, 68 Vertreter der Industrie, 44 Vertreter des Handels, der Banken und des Versicherungswesens, 24 Vertreter des Verkehrs und des öffentlichen Unternehmungen, 36 Vertreter des Handwerks, je zur Hälfte Arbeitgeber und Arbeitnehmer, berufen. Außerdem 20 Vertreter der Bauwirte, 16 Vertreter der Beamenschaft und der freien Berufe, 12 mit dem Wirtschaftsleben der einzelnen Provinzien besonders vertraute Persönlichkeiten und 12 von der Reichsregierung nach freiem Ermessen zu ernannte Personen. Dieser Reichswirtschaftsrat hat beim Aufbau der in der Reichsverfassung vorgesehenen Arbeiterräte, Unternehmervertretungen und Wirtschaftsräte mitzuarbeiten, sozialpolitische oder wirtschaftspolitische Gesetzgebungen zu begutachten oder auch selbst zu beantragen. Er kann zur Behandlung wirtschaftspolitischer und sozialpolitischer Fragen je einen ständigen Ausschuß bilden, der vor Erlass wichtiger einschlägiger Verordnungen gefragt werden muß. Unser Verband wird mit in diesem Reichswirtschaftsrat vertreten sein.

Eine bedeutende Erhöhung des Krankengeldes.

Durch Verordnung vom 30. April (R.-G.-Bl. S. 769) ist der § 180 der R.-G.-D. umgekehrt worden. Der Grundlohn, nach dem das Krankengeld berechnet wird, kann entweder nach dem wirklichen Verdienst des einzigen Versicherten oder nach Lohnklassen bemessen werden.

Bei der Festsetzung des Grundlohnes muß der Tagesverdienst bis zu 24 M. berücksichtigt werden. Die Säuhung kann aber den Tagesarbeitsverdienst bis zu 30 M. berücksichtigen. Wird nicht der wirkliche, sondern ein Durchschnittsverdienst der Krankengeldberechnung zugrunde gelegt, so bedarf die Festsetzung dieses Durchschnittsverdienstes der Zustimmung des Oberversicherungsamtes. Das bedeutet praktisch, daß die Heiter, die arbeitsfähig 24 M. und mehr verdienen, mindestens 12 M. Krankengeld den Tag erhalten müssen. Vorstand und Ausschuß jeder Kasse, muß bis spätestens Ende August eine dementsprechende Änderung der Kassensatzung beschlossen haben. Bis die Änderungen von Oberversicherungsamt genehmigt sind, setzt der Kassenvorstand die Veränderungen vorläufig fest. Bis Ende Mai müssen die Arbeitgeber den Namen die zur Berechnung der Beiträge nach den neuen Grundlinien erforderlichen Angaben machen. Die Einkommensgrenze für die Versicherungspflicht ist auf 15.000 M. ausgedehnt worden. Unsere Kollegen werden gut tun, bei den Kassenvorständen etwas zu drängen und die auf die neue Verordnung hinzuweisen, damit die Verordnung auch durchgeführt und überall ein zeitgemäßes Krankengeld festgesetzt wird.

Die Zeuerungszuungen zu den Unfallrenten werden durch Verordnung vom 5. Mai (R.-G.-Bl. S. 878) geändert. Unfallrentenbezahlt mit mehr als 50 Prozent Rente für Unfälle aus der Zeit von 1885—1900 erhalten eine Zulage von 90 Prozent, bei Unfällen von 1901 bis 1915 70 Prozent, von 1916 bis 31. 1. 1920 40 Prozent der Rente. Bei landwirtschaftlichen Unfällen von 1895 bis 1900 110 Prozent, von 1901 bis einschl. 1915 90 Prozent, von 1916 bis 31. 1. 1920 60 Prozent der Rente. Die seitliche Zulage von 20 M. fällt fort. Nur wo diese höher war als die neue Zulage, wird die alte mit 20 M. weiter bezahlt. Für Unfälle, die sich nach dem 31. 1. 1920 ereignet haben, werden keine Zulagen bezahlt. Zu den Unfallhinterbliebenenrenten werden folgende Zuschläge ab 5. Mai bezahlt: Für Unfälle aus der Zeit von 1885 bis einschl. 1900 60 Prozent, von 1901 bis einschl. 1915 40 Prozent, von 1916 bis einschl. 1919 20 Prozent. Bei landwirtschaftlichen Unfällen bezahlen die Zuschläge 80, 60 und 40 Prozent. Über die Gewährung dieser Zulagen entscheidet die Versicherungsgesellschaft schriftlich. Gegen die Entscheidung ist binnen vier Wochen Einspruch an das Oberversicherungsamt zulässig, das endgültig entscheidet. Wenn die Zulage endgültig abgelehnt ist, wird das Verschalten auf Antrag wieder aufgenommen, wenn Umstände eintreten, die die Gewährung rechtfertigen.

Eine Änderung der Erwerbslosenfürsorge ist durch Verordnung vom 6. Mai (R.-G.-Bl. S. 871) vorgenommen worden. Die Gemeinden können jetzt eine Erwerbslosenfürsorge nur mehr einzurichten, wenn ein Bedürfnis dazu besteht. Wer eine Rente von mindestens 60% v. R. bezahlt, gilt als nicht arbeitsfähig und hat keinen Anspruch auf die Erwerbslosenfürsorge. Die Unterstützungszeit darf erst nach einer Wartezeit von mindestens einer Woche bezahlt werden. Nur für zurückgekehrte Kriegsteilnehmer, mit zurückgekehrter Arbeitszeit beschäftigte und Personen, die nach weniger als sechswochiger Beschäftigung oder mindestens einwochiger Krankheit arbeitslos werden, darf eine Wartezeit nicht festgesetzt werden. Die Höhe der Unterstützung ist in das Erneinen der Gemeinden oder Gemeindeverbände gelegt. Die seitlichen Höchstfälle sind der weiter fortgeschrittenen Teuerung entsprechend herausgelegt worden für männliche Personen über 21 Jahre, die nicht im Haushalt eines anderen leben, in der Ortsklasse A von 6.— auf 8.— M., B von 5.— auf 7.— M., C von 4.— auf 6.— M., D und E von 3.50 auf 5.— M. Für Personen über 21 Jahre, die im Haushalt eines anderen leben, beragen die Höchstfälle 7.— M., 6.25 M., 5.50 M., 4.50 M.; für männliche Personen unter 21 Jahren statt 4.25 M. 5.— M., statt 3.50 M. 4.50 M., statt 3.— M. 3.50 M. und statt 2.50 M. 3.— M. Für weibliche Personen über 21 Jahren, die nicht im Haushalt eines anderen leben, 6.— M., bisher 5.— M., B 5.25 M., bisher 4.50 M., C 4.50 M., bisher 3.50 M., D und E 3.75 M., bisher 3.— M.; soweit sie im Haushalt eines anderen leben: 5.— M., 4.25 M., 3.50 M., 2.50 M. Die Höchstfälle für weibliche Personen unter 21 Jahren sind wie bisher geblieben: 3.— M., 2.50 M., 2.25 M., 2.— M. Die Familienzuschläge haben eine kleine Erhöhung erfahren. Diese Höchstfälle können, wenn sie in einem eingeschlossenen Missverhältnis zu den Kosten der Lebenshaltung stehen, mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers bis zur Höhe des Ortslohnes erhöht werden. Die Unterstützung darf höchstens für 26 Wochen gewährt werden. Zur Vermeidung unbilliger Härten können aber die Gemeinden mit Zustimmung der Landeszentralbehörde eine längere Dauer zulassen.

Eine Änderung der gesetzlichen Sozial- und Wohlfahrtspflege ist am 30. April in Wirklichkeit getreten (R.-G.-Bl. S. 853). Der Wohlfahrtsbeitrag des Wohngeldes für Geschlechter wird von 75 Pf. auf 150 M. erhöht; des Wohngeldes für die vier Wochen, die in die Zeit vor der Entbindung fallen müssen, ist mit dem Tage der Entbindung fällig. Die Säuhung kann das Wohngeld auch höher als das Krankengeld, bis zu 1/3 des Grundlohnes, bemessen. Als Mehrleistung für die Angehörigen von Versicherten kann das Bechen- und Stillgeld bis auf die Hälfte des Krankengeldes der Versicherten erhöht werden. Die Einkommensgrenze, bis zu der die Wohlfahrtspflege zu gewähren ist, wird für Frauen von 2500 ... 3000 M. heraufgesetzt; außerdem erhöht sich dieser Betrag für jedes vorhandene Kind unter 15 Jahren um 500 M. Stirbt eine Wochnerin bei der Entbindung oder während der Zeit der Bezugsberechtigung, so werden die noch fälligen Beiträge an

denjenigen gezahlt, der für den Unterhalt des Kindes sorgt.

Die Zuständigkeit der Kassen ist so geregelt, daß bei Beteiligung mehrerer Kassen (oder Gruppen) die Wochenhilfe nur einmal zu gewähren ist, der Wochnerin aber die Wahl der Kasse freisteht. Wechselt die Versicherten während der Leistung der Wochenhilfe die Kasse, so bleibt die erstverpflichtete Kasse für die weitere Durchführung der Kassenleistung zuständig. Um die Kassen vor Misshandlung zu schützen, erhalten Ehemänner usw. von Versicherten die Wochenhilfe nur dann, wenn der Versicherte im letzten Jahre vor der Niederkunft mindestens sechs Wochen auf Grund der Reichsversicherung oder bei einer knapphaften Krankheit gegen Krankheit versichert war.

Reichskuratorium zur wissenschaftlichen Förderung der Textilindustrie.

Am 12. Juni stand im Ministerialgebäude zu Dresden-N. die Gründung des Reichskuratoriums zur wissenschaftlichen Förderung der deutschen Textilindustrie statt. In ihm gewinnen die deutschen Forschungsinstitute für Textilindustrie eine zusammenfassende und anregende Zentralstelle zur Förderung ihrer wissenschaftlichen Arbeiten. Sitz des Kuratoriums ist Dresden. Das Kuratorium zählt 44 Mitglieder, die vom Reichswirtschaftsministerium aus den Kreisen der beteiligten Behörden und der Textilindustrie ernannt werden. Der Vorsitzende Willi. Geh. Rat Gust. zugleich Vorsitzender der Reichsstelle für Textilwirtschaft in Berlin, eröffnete die Sitzung. Godann nahm Ministerpräsident Buck das Wort, um im Namen der sächsischen Staatsregierung das Reichskuratorium in Dresden zu begrüßen. Er betonte die hervorragende Bedeutung und Vielseitigkeit der Textilindustrie im Freistaat Sachsen, die es berechtigt erscheinen lassen, daß der Sitz des Reichskuratoriums nach Dresden verlegt worden sei. Die schweren Schäden, die besonders die Textilindustrie in und nach dem Kriege erlitten habe, nötigten dazu, daß die wissenschaftliche Förderung mehr als bisher der Technik zu Hilfe kommt, um mit möglichst wenig Rohstoffen möglichst hochwertige Waren zu erzeugen, in denen möglichst viel Arbeitslohn stecke. Nur durch Erhöhung der Güte unserer Waren könnten wir auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig bleiben. Diese Aufgaben hätten die Forschungsinstitute zu erfüllen.

Geh. Regierungsrat Hagemann vom Reichswirtschaftsministerium in Berlin brachte die Wünsche der Reichsregierung zum Ausdruck und sicherte dem Kuratorium die Unterstützung und Förderung des Reichswirtschaftsministeriums zu. Ganzlich Gust dankte für die Wünsche der sächsischen Staatsregierung und der Reichsregierung und legte in längeren Ausführungen Zweck und Ziele des Reichskuratoriums unter besonderen Hinweis auf die Bedeutung des ihm beigeordneten wissenschaftlichen Beirats vor.

Im weiteren Verlaufe wurde der Satzungsentwurf einstimmig angenommen. Zum ersten Stellvertreter wurde Kommerzienrat Glavitz (Adorf), zum zweiten Stellvertreteren Vorsitzenden Landtagsabgeordneter Winkel (Dresden-Briesnitz) und zum Schatzmeister Generaldirektor Dr. Osterseher (Grüneberg i. Schles.) ernannt. Über die Zusammenlegung des wissenschaftlichen Beirats und die Wahl eines Ausschusses zur Vorbereitung eines Schlusses für dieerteilung der im Reichshaushalt 1919 für die deutschen Forschungsinstitute aufgeworfenen drei Millionen Mark wurden vorbereitende Entschließungen gefasst. Mit der weiteren Verfolgung der von der Nationalversammlung gegebenen Anregung betreffend die Fertigung von Hanf und Flachs soll der wissenschaftliche Beirat betraut werden.

Im Anschluß an die Gründungssitzung fand nachmittags eine Besichtigung des deutschen Forschungsinstitutes für Textilindustrie, Wiener Straße 6, sowie die Besichtigung einer Ausstellung von Forschungsarbeiten dieses Instituts im Festsaale der Technischen Hochschule statt.

Delegierte von Norden waren Assessor a. D. Emil Pastor und Oswald Weber.

Allgemeine Rundschau.

Wahlwahlen der Beifänger an den Baumwoll-, Gewerbe- und Immungeschäftsgerichten.

Die Amtsdauer der Beifänger an den Arbeitsgerichten ist nach einer während des Krieges erlassenen Verordnung ausgedehnt worden bis zu dem Zeitpunkte sechs Monate nach Friedensschluß. Durch Verordnung vom 12. Mai d. J. wird als Tag des Friedensschlusses der 10. Januar 1920 bestimmt. Within wäre die Amtsdauer derjenigen Beifänger an den Gewerbe-, Kaufmanns- und Immungeschäftsgerichten am 10. Juli d. J. beendet. Soweit bis dahin keine Neuwahlen durchgeführt sind, wird die Amtsdauer der Beifänger weiter verlängert bis zur Durchführung der Wahlen, jedoch nicht über den 31. Dezember 1920 hinaus. In der aller nächsten Zeit sind also überall die Beifängerwahlen zu den Arbeitsgerichten zu tätigen. Die Wahlvorbereitungen müssen von den Kartellen und Funktionären der christlichen Gewerkschaftsbewegung und des deutschen Gewerkschaftsbundes unverzüglich in Angriff genommen werden. Es ist notwendig und zweckmäßig, daß alle dem deutschen Gewerkschaftsbund angehörenden Gruppen der Angestellten und Arbeiter sowohl katholisch wie protestantisch bei allen kommenden sozialen Wahlen hand in hand arbeiten. Unsere Ortskärtelle werden überall dort, wo es noch nicht geschehen ist, mit den im deutschen

Gewerkschaftsbund befindlichen Angestellten-, Beamten- und Straßbedienstetenorganisationen Führung nehmen und mit diesen gemeinsam Orts- oder Bezirksverbände errichten müssen. Die Säuglinge und das Material für die Orts- und Bezirksverbände des deutschen Gewerkschaftsbundes wird auf Anordern hin verkauft von der Hauptgeschäftsstelle des deutschen Gewerkschaftsbundes in Berlin SW. 63, Charlottenstr. 81. Selbstverständlich werden die christlichen Gewerkschaftskartelle wie bisher so auch jetzt mit den mit uns in gemeinsamem Kampfe gegen die Sozialdemokratie stehenden konfessionellen Arbeitervereinen bei den kommenden Beisitzerwahlen Hand in Hand gehen.

Zusammenschluß der deutschen Unternehmerverbände.

Die Organisationen der landwirtschaftlichen Unternehmer und die Spartenverbände von Handel, Industrie, Handwerk und Gewerbe haben gestern den Zusammenschluß zu einem "Zentralausschuß der Unternehmerverbände" beschlossen. Dem Zentralausschuß werden angehören: Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft, Reichsverband der deutschen land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgebervereinigungen, Reichsverband der deutschen Industrie, Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, Reichsverband des deutschen Handwerks, Hansabund für Gewerbe, Handel und Industrie, Zentralverband des deutschen Großhandels, Vereinigung der Arbeitgeberverbände des Großhandels, Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels, Zentralverband des deutschen Bank- und Baulagergewerbes, Reichsverband der Baulandwirtschaft, Arbeitgeberverband deutscher Versicherungsunternehmungen, Zentralstelle für das deutsche Transport- und Verkehrsgewerbe.

Der Zentralausschuß bezweckt die geschlossene Wahrnehmung der gemeinsamen wirtschaftspolitischen Interessen der deutschen Unternehmer und die einheitliche Abwehr aller gegen sie gerichteten Bestrebungen. Durch die Errichtung dieses Zentralausschusses hat die Förderung des Hansabundes zum gewerkschaftlichen Zusammenschluß der Unternehmer ihre sachliche Erledigung gefunden. Der Zentralausschuß wird über die Bildung von örtlichen oder bezirklichen Ausschüssen gleicher Art und über die Durchführung der notwendigen Maßnahmen zur Erreichung der gesteckten Ziele auch auf örtlicher Grundlage die erforderlichen Richtlinien erlassen.

Gewerbegerichtsgesetz und Kaufmannsgerichtsgesetz.

Teilausgabe mit der Abänderungsverordnung vom 12. Mai 1920 und ihrer Begründung sowie Sachverzeichnis. Verlag Franz Bahlsen in Berlin W. 9, Linke Strasse 16. Preis kostet 4 M. und Teverungszugl. 10.

Die durch die veränderten Zeitverhältnisse geprägte Neufassung beider Gesetze hat in dieser Ausgabe eine übersichtliche und anschauliche Wiedergabe gefunden. Die eingetretenen Veränderungen der gesetzlichen Bestimmungen sind durch den Text deutlich gemacht, und die Novelle selbst einschließlich der eingehenden amtlichen Begründung sowie die Bekanntmachung über die Besetzung der Gewerbegeichte, der Kaufmannsgerichte und der Amtsgerichte während des Krieges vom 12. Juli 1917 sind abgedruckt. Getrennte Sachregister zu beiden Gesetzen erleichtern die Benutzung des handlichen Buches, das allen, die mit den Gewerbe- oder Kaufmannsgerichten oder mit den bevorstehenden Beisitzerwahlen für diese zu tun haben, als unentbehrlich zur Anschaffung empfohlen werden kann.

Ein mehrheitssozialistisches Porträt der Unabhängigen.

Obwohl die Unabhängigen die Mehrheitssozialisten nicht im Zweite darüber gelassen hatten, daß an eine Einigung zwecks gemeinsamen Vorgehens im Wahlkampf nicht zu denken sei, nahmen die letztern auf den feindlichen Nachbar zur Linken doch alle erdenkliche Rücksicht, um es jüngst während der Wahlzeit mit ihm nur ja nicht zu verderben und die Brücken für die Zukunft nicht abzubrechen. Das hat auch die Reichskonferenz der Mehrheitssozialisten Anfang Mai durchdrücken lassen, indem hier ausdrücklich nur der Kampf gegen rechts proklamiert wurde, nach links sollte er nur soweit geführt werden, als die Wahrung der alten Grundsätze des Sozialismus und der Demokratie das notwendig machen.

Einzig war es der ehemalige Reichsverteidigungsminister Noske, der gegen die Unabhängigen scharfe Worte fand.

"Mit solchen Leuten", so betonte er, "können wir nicht reden. Wir müssen im Wahlkampf den Mut haben, zu sagen, daß es unmöglich ist, in wenigen Monaten aus einem Trümmerfeld ein Paradies zu schaffen, und daß jeder ein Hanswurst sei oder ein Narr, der dies verpricht. Unter Gott und unserer Wirtschaft liegen daneben durch die Schulden solcher Männer. Das sind dieselben Leute, die erst nachgekommen sind, als die Revolution fertig war (Sehr richtig!), und in einer Zeit, als nur angestrengte Arbeit für das Volksgenossen notwendig gewesen wäre, mit den Händen in der Tasche herumgelaufen und artlos kosten des Staates gelumpt und gestohlen haben. Was wir geschaffen haben während des letzten Jahres, kann sich als anständige Arbeit durchaus jehen lassen. Es ist auch nicht wahr, daß wir unsre Grundsätze verleugnen, daß wir ausgeholt hätten, Sozialisten zu sein. Wir haben uns bemüht, daß durchzugehen, wosür wir jahrelang mit allen Kräften gearbeitet haben."

Diese Aufführungen Noskes, die wir im Bericht des "Hamburger Echo" (1920, Nr. 208) finden, sind allerdings verständlich. Ist er doch der bei den Unabhängigen und Kommunisten bestiegene Mann, für den kein Ausdruck scharf genug ist. Noske muß allerdings seine unabhängigen Pappeneheimer kennen!

Aus unserer Industrie.

Die Lage des deutschen Webstoffgewerbes

hat auch in der abgelaufenen Woche keine Besserung erfahren. Die weiter weichenden Preise für Webstoffe haben die Käufe von Webstoffen aller Art veranlaßt, mit ihren Käufen vollständig zurückzuhalten, so daß die Befürchtung besteht, daß es noch zu weiteren Betriebs einschränkungen, sogar zu Arbeitseinfassungen kommen wird, wenn sich die Lage nicht bald ändert. Außerdem ist aber darauf hinzuweisen, daß die eigentlichen Konsumanten ihren Bedarf schon seit langem zurückgehalten haben, und daß dieser Bedarf wohl spätestens im Herbst in die Erhebung treten und die Konsumanten zur Anschaffung veranlassen wird. Darauf folgt wird gehofft, daß die Krise im Webstoffgewerbe nur eine vorübergehende sein wird. Wie sich die Preislage selbst gestalten wird, darüber kann selbstverständlich heute noch kein Urteil abgegeben werden.

Aus der internationalen Textilindustrie

wird berichtet, daß in Japan nicht nur in der Seidenindustrie, sondern auch in den Wollwebereien und in den Baumwollfabriken erhebliche Betriebs einschränkungen zu verzeichnen sind. Dasselbe trifft auch auf Amerika zu. Dagegen sind nicht nur in diesen beiden Ländern, sondern auch in allen anderen Staaten mit Wollwebefabriken solche noch auf längere Zeit gut beschäftigt. Der Rückgang der Woll- und Baumwollwaren hat auf die englische Textilindustrie schädigend eingewirkt. Der Geschäftsgang in den skandinavischen Staaten darf noch immerhin als normal bezeichnet werden. Eine wesentliche Veränderung der Geschäftslage in Holland, Frankreich und Belgien hat letzthin nicht stattgefunden.

Aus unserer Bewegung.

Eine Betriebsrätekonferenz in Bittau.

Eine Konferenz von Betriebsräten aus der christlich-nationalen Textilarbeiterorganisation tagte am Sonntag, den 13. Juni, in Bittau. Nach Bchaltung der Aufgaben und Zuständigkeiten der Betriebsräte und deren Zusammenarbeiten mit den Gewerkschaften wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

"Die aus der gesamten Oberlausitz Textilindustrie zahlreich beischlagende Betriebsrätekonferenz des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter erhebt angefangen der zunehmenden Arbeitslosigkeit die dringende Forderung auf eine sichere, zeitgemäße, also wichtige der öffentlichen Erwerbslosigkeit. Das Land hat insbesondere in der Richtung zu erzielen das

1. die zu erhöhenden Unterstützungsätze den aus der Preisbildung für den gesamten Lebensbedarf sich ergebenden Bedürfnissen ent sprechen,
2. die durch Zugrundestellung des Familieneinkommens gegenwärtige vierzach beobachteten Härten beseitigt werden;
3. eine Gleichstellung von männlichen und weiblichen Haushaltungsvertänden und die Wiedereinbeziehung der Jugendlichen im Alter von 14—16 Jahren in den Kreis der Unterstützungsberechtigten erfolgt;
4. der Bezug der Unterstützung für Erwerbsbeschrankte (Kurzarbeiter) in größerem Umfang und unter günstigeren Bedingungen ermöglicht wird wie bisher. Im allgemeinen soll für alle erwerbslosen Tage Unterstützung gewährt werden."

Eine Konferenz von Ortsgruppenvertretern des Gladbacher Bezirks.

Guten Besuch hatte die Konferenz des M.-Gladbacher Bezirks aufzuweisen, welche am Sonntag, den 13. Juni 1920, im Bahnhofshotel in Rhedt tagte. Kollege Joh. Glasen leitete dieselbe. Den Situationsbericht gab der Kollege Voerissen. Demnach hat unser Bezirk eine erfreuliche Steigerung der Mitgliederzahl zu verzeichnen. Auch ist die finanzielle Stütze dementsprechend gestiegen. Leider steht die Textilindustrie heute in einer schwierigen Periode. Arbeitseinschränkungen, teilweise bis zu 24 Stunden in der Woche, sind in unserem Bezirk eingeführt. Zur Förderung der Erwerbslosigkeit ist seitens des Verbandes das Mögliche geschehen und sollen auch Erleichterungen im Beitragswesen noch eintreten.

Kollege Joh. Glasen zeigte, wie auch in dieser Krisenzeite es möglich sei, daß unser Verband seine Stärke behalte. Die Zusammenarbeit der Sekretariatsbeamten mit den Vorständen, Einführung und Ausbau der Arbeiterinnenkommissionen, Mitarbeit der Betriebsräte sollen uns unsere Erfolge noch vermehren.

Die Wichtigkeit der sozialen Wahlen betonte der Kollege Müller-Odenkirchen. Er forderte zu intensiver Arbeit auf, da der Ausgang der Wahlen ein Grabmeister unserer Bewegung sei.

Rege Diskussion reichte sich den Vorträgen an. Eine Entschließung betr. Beitragsfrage wurde angenommen.

Mit dem Ruf:

„Vorwärts ohne Ruh und Rast,
Frisch das Ziel ins Auge gesetzt.
Mehr noch steht die Kräfte ein,
Unter mir die Zukunft sein“

schloß Kollege Glasen die anregende Versammlung.

Aus dem sauerländischen Sekretariatsbezirk.

Am 14. und 15. Juni fanden in den Orten Schmallenberg, Fredeburg und Eversberg die ordentlichen Mitgliederversammlungen statt, zu denen auch unser

stellvertretender Bezirksleiter, Kollege Büchsenhäußer erschienen war. In diesen Versammlungen, welche durchschnittlich besser besucht sein können würde von letzterem den Mitgliedern mal wieder klar vor Augen geführt, wie unbedingt notwendig in heutiger Zeit der gewerkschaftliche Zusammenhang der Arbeiterschaft ist. Da auch die Arbeitszweige der Textilarbeiter sich nun mehr zu einem festen Verband zusammengeschlossen haben und noch immer versuchen, weitere Mitglieder zu gewinnen, so ist es anderseits eine dringende Pflicht der gesamten Textilarbeiterchaft, sich zu einem noch stärkeren einheitlichen Block zusammenzuschließen und diejenigen Arbeiter und Arbeiterinnen, die der Organisation noch fern stehen, unverzüglich dem Zentralverband christl. Textilarbeiter Deutschland's zuzuführen.

Ferner erging sich der Nebner dahin, daß auch die Opferwilligkeit zu den besten Tugenden eines christlichen Gewerkschaftlers gehört. Die Beiträge müssen pünktlich und nach den im Statut festgelegten Tagen entrichtet werden, da ja letzten Endes diese Gelder doch nur zur Ankreisverteilung der Mitglieder verwandt werden. Manz besonders wurde hier aber erwähnt, daß die Zentralstelle beabsichtigt, einen sogenannten "Kampfsonda" anzusammeln, damit späterhin, wenn die Arbeiterschaft dazu gezwungen wird, das letzte Mittel zu ergreifen, um sich eine Existenzmöglichkeit zu sichern, daß dann die im Kampfe stehenden Kollegen und Kolleginnen von Seiten des Verbandes auch weitgehend unterstützt werden können.

Es wurde dann noch seitens des Kollegen Büchsenhäußer der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die augenblickliche wirtschaftliche Krise bald vorübergehen möge, — alles in allem aber zeigte, wie dringend notwendig es gerade heute sei, daß sich die Arbeiterschaft zu einer festen Einheit zusammenziehen müsse. Sei dieses der Fall, dann könne sie ruhig und klaren Auges der Zukunft entgegensehen.

Von den Vorständen der einzelnen Ortsgruppen wurde im allgemeinen eine bessere Beteiligung an den Versammlungen verlangt.

Unser Sekretariatsleiter, Kollege Hesse, sprach sich zum Schlus dann noch dahin aus, daß es eine unabdingbare Notwendigkeit sei, in Zukunft auch die Versammlungen mehr als bisher zu besuchen und das Gehörte vermehr aber auch in die Tat umzusetzen, nicht nur als zahlerloses Mitglied dem Verband anzugehören, sondern auch praktische Mitarbeit zu leisten durch Aufklärung, Werbung neuer Mitglieder und letzten Endes nicht eher zu ruhen, bis auch der letzte Textilarbeiter und die letzte Arbeiterin sich unserm Verbande angegliedert hat.

Also: „Arbeite mit!“

Konferenz der christlichen Gewerkschaften in Gmünd.

Zahlreich waren die Bevrausleute und Betriebsräte mitglieder des christlichen Gewerkschaften dem an Sie ergangenen Aufruf gefolgt, um sich an den alten, ewig neuen Idealen der christlichen Gewerkschaftsbewegung zu begeistern und neuen Mut, neue Kraft und neues Werkzeug zu holen für den harten Kampf im Wirtschaftsleben.

Vorweg sei es gesagt: die Konferenz stand auf der Höhe. Nicht nur, was die Räte anbelangt, sondern auch die Ausführungen der einzelnen Diskussionsredner waren nicht nur rein sachlich und vornahm, sondern sie waren alle durchweht von einer Begeisterung, die für unsere Sache im Bezirk Gmünd das Beste erhoffen läßt.

Punkt 3 Uhr wurde die von etwa 200 Bevrausleuten und Betriebsräten aus verschiedenen Verhandlungsteilen besuchte Konferenz von dem Vorsitzenden des Kartells, Gewerkschaftssekretär Abt. Baumhauer eröffnet. Herzliche Worte der Begrüßung richtete er an die Teilnehmer, die durch ihr zahlreiches Erscheinen bestund hätten, daß sie die Bedeutung der Tagung zu würdigen wissen. Nach Bekanntgabe eines Begrüßungstelegramms, das von einer Konferenz christlicher Textilarbeiter, die in Lautlingen bei Ebingen tagte, eingelaufen war und Erledigung einiger geistlicher Sachen erhielt Gewerkschaftssekretär Siebold das Wort zu seinem Vortrag über die Aufgaben der Bevrausleute in der christlichen Gewerkschaftsbewegung.

Der Vortrag, der etwa dreiviertel Stunden dauerte, wurde mit gespannter Aufmerksamkeit entgegengenommen und erntete lebhafte Beifall.

Nach kurzer Pause erhielt Gesamtverbandssekretär Kollege Wesp-Stuttgart das Wort, der die Aufgaben und die Bedeutung der Betriebsräte im Rahmen der Gesamtbewegung behandelte. Er ging vor allem ein auf die Gründung und Entwicklung der christlichen Gewerkschaftsbewegung und ihre hohen Aufgaben in der Gegenwart. Auch dieser Vortrag erntete reichen Beifall.

In der folgenden Diskussion kam zum Ausdruck, daß wir in Zukunft mehr als bisher darauf hinwirken müssen, daß eine weitere Steigerung der Preise für notwendige Lebensmittel und Bedarfsgüter verhindert wird, wenn nicht die Lebenshaltung breiter Volksmassen auf einen menschenunwürdigen Grad herabgedrückt werden soll. Eine weitere Erhöhung der Löhne, die zu der verteuerten Lebenshaltung sowohl in gar keinem Verhältnis mehr stehen, findet bei den Arbeitgebern einen fortgesetzten steigenden, hartnäckigen Widerstand, während die Preise für Lebensmittel (Milch usw.) noch immer unheimlich ansteigen.

Die christliche Gewerkschaftsbewegung wird gerade dieser Frage künftig ihre volle Beachtung schenken.

Von mehreren Diskussionsrednern wurde dann auch betont, und das möchten wir ganz besonders unterstreichen, daß unsere Kollegen und Kolleginnen noch mehr als bisher in den gesetzlichen Arbeitervertretungen, den Betriebsräten, mitarbeiten sollten. Für diese Posten sind die Tüchtigsten und Besten gerade gut genug. Wer da nicht mitarbeitet, hat auch kein Recht zur Kritik.

Die Diskussion war im allgemeinen recht lebhaft und brachte manchen neuen Gesichtspunkt zutage. Wir möchten

nur wünschen, daß künftig die Kolleginnen sich mehr daran beteiligen.

Kurz vor 6 Uhr wurde die anregend verlaufene Konferenz von dem Vorsitzenden geschlossen mit dem Appell, nun das Gehörte mit hinzu zu nehmen und überall in die Tat umzusetzen.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Bergneustadt. In der am 1. Juni stattgefundenen Vierteljahrsversammlung gab zunächst unser Kassierer Kollege Weißer den Kassenbericht. Aus demselben ging hervor, daß im ersten Quartal eine Einnahme von etwa 5000 M. aus den Wercheinträgen erzielt worden war. An die Centralkasse wurden 3500 M. abgeliefert, an Erwerbslose wurden 177 M. ausgeschüttet. Der Bestand des Ortsgruppenkassen betrug 820 M., davon 500 M. verzinssich angelegt sind. Die Mitgliederzahl betrug 490. Da der Kassenbericht von den Revisoren für richtig befunden worden war, wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Hierauf sprach Kollege Müller über die gegenwärtige wirtschaftliche Lage unter besonderer Berücksichtigung der hiesigen Verhältnisse. Nachdem noch die neue Eingabe an den Arbeitgeberverband sowie Verbandsangelegenheiten zur Sprache gebracht, stand in vorderster Stunde die Versammlung ihren Abschluß.

Aus Anlaß der bevorstehenden Betriebsratswahl in der Heimindustrie fand am 10. Juni eine weitere Versammlung statt. Kollege Müller-Niederleßmar sprach zunächst über die Pflichten der Betriebsratsmitglieder und das Wahlversprechen dazu; hierauf wurden die aus der Heimindustrie zu wählenden Kolleginnen vorgeschlagen. Hierauf sprach Kollege Müller über die wichtigsten Bestimmungen des neuen Einkommensteuergesetzes.

Bei dieser Versammlung war auch der Rendant der Ortsfrankenkasse, Schlosser, geladen worden. Dieser Herr hat es für nötig befunden, den Heimarbeitern der Firma Ch. Müller u. Sohn den Rat zu geben, dem Verband den Rücken zu kehren. Bekanntlich hat diese Firma etwa 30 Heimarbeiterinnen, welche schon längere Zeit erwerbslos waren, die Entlastung übermittelt, darunter solchen, die schon 30 Jahre für die Firma tätig waren. Herr Schlosser verübt den Leuten nunmehr klar zu machen, wenn sie nicht im Verband wären, dann wären sie auch nicht entlassen worden. Vor Beginn der Versammlung ließ getrauter Herr den Kollegen Müller aus dem Saale rufen, um die Sachen klarzufassen, in der Zwischenzeit erschien er nicht. Nachdem Kollege Müller das Verhalten der Firma sowie das des genannten Herrn ins rechte Licht gerückt, stand die Versammlung ihren Abschluß.

Vorschlag. Unsere am 17. Mai abgehaltene Vierteljährerversammlung hätte besser beachtet sein können. Zunächst gab unser Kassierer, Kollege Weber, den Kassenbericht. Die Einnahme im ersten Quartal betrug 3800 M.; an die Centralkasse wurden 2550 M. abgeführt. Der Bestand des Ortsgruppenkassen betrug 680 M. Hierauf sprach Kollege Müller die wirtschaftliche Lage im engeren Bezirk, die Kündigung des Tarifvertrages, die Ablehnung der ehemaligen Teuerungszulage durch den Arbeitgeberverband sowie die neu eingereichten Forderungen an den Arbeitgeberverband. Nunmehr leiste eine lebhafte Aussprache über die von dem Redner angeführten Punkten ein. Nachdem noch ähnliche Fragen zur Sprache gebracht, wurde die anregend verlaufene Versammlung vom Kollegen Althaus geschlossen.

Am 11. Mai fand für die Arbeiter der Firma Fising, Kunststofffabrik, eine Betriebsversammlung statt. Nachdem der Vorsitzende des Betriebsrates, Kollege Solbach, die Versammlung eröffnet, nahm Kollege Müller das Wort. Einleitend legte er den Zweck der Versammlung dar: "Stellungnahme zu der Kündigung des Betriebsratsmitgliedes Kollegen Althaus". In eingehender Weise schilderte Kollege Müller den Gang der Angelegenheit. Die Dinge haben sich folgendermaßen abgespielt: Vor mehreren Wochen wurde dem Kollegen Althaus ohne Grundangabe von dem Meister Hess gefeuert. Von dem Betriebsrat wurde sofort Einpruch erhoben. Durch wiederholte Verhandlungen wurde die Kündigung von dem Firmeninhaber, Herrn Fising, zurückgenommen. Bei dieser Gelegenheit erklärte Herr Fising wiederholt, ich habe nicht das geringste gegen Althaus einzutragen, er ist mir lieb und wert, aber der Meister mag ihn nicht leiden, jenseit, der Meister Hess, ein Mann der alten Schule, der bei den Verhandlungen wiederholt erklärte: das Recht, jemand zu entlassen, wenn er mit nicht paßt, las ich mir von seinemnehmen. Während der Weiterbeschäftigung von Althaus ist der Meister wiederholt, wenn er Althaus im Betriebe hat, nach Hause gegangen, der Firmeninhaber verachtete nichts mit demselben anzufangen, oder er wollte es nicht. Am 29. Mai fragt der Meister Hess, wann er denn eigentlich aufhören will; darauf erwiderte er demselben, er sehe doch, daß er ihm in Wege stände, wenn er passende Arbeit bekäme, dann werde er gehen, so lange blieb er um arbeiten. Am Mittwoch, den 9. Juni, wurde Althaus von Herrn Fising in die Firma geschickt mit dem Bemerkung, daß er nicht weiter beschäftigt würde. Verhandlungen mit der Organisationsleitung blieben zwecklos. In der Versammlung wurde vor jämlichen Arbeitern erklärt, daß sich Kollege Althaus im Betriebe nichts zuschulden hätte kommen lassen. Das Verhalten des Meisters löste auch das Firmeninhabers wurde in der Versammlung schärfer verurteilt. Als früheres Auskunftsmittel sowie auch als Betriebsratsmitglied hat Althaus die Interessen der Arbeiter immer eingesetzt dienten, deshalb war er der Firma als auch dem Meister ein Dorn im Auge. Die Geschäftsfrauen glauben noch alles nach dem alten Schema treiben zu können. Wenn der Geschäftsgang ein besserer wäre, dann wäre die Sache ja recht erledigt. Nur hat der Schlichtungsausschuß in Köln darüber zu entscheiden. Auf den Verlauf der Angelegenheit kommen wir später noch zurück.

Dreikämmen b. Berg. Born. Unser Verband hatte am Samstag, den 19. Juni, hier eine Versammlung abberammt, mit der Tagesordnung: "Was müssen die Handweber tun, um ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern?" Gewerkschaftsreferat F. Preis referierte in fast unbedeutendem Bericht über dieses Thema. Siebzehn führte aus, wenn wir ein Recht hätten uns zu organisieren, entstehen auch für uns die Spuren, das Recht in Anspruch zu nehmen. Nachdem er den Saal und die Ziele unseres Verbandes klargestellt, forderte er zum Salut auf, sich selbst in unserem christlichen Textilarbeiterverband einzustufen. Ja der Ausprache waren die Worte des Redners voll und ganz anerkannt. Es wurde beantragt, heute nach die Gründung einer Ortsgruppe für die Handweber vorzunehmen, den Vorsitz und die Vertrauensleute zu wählen, damit endlich der Geist der Organisation auch an diesem abgelegenen Ort zum Segen der Handweber eintritt.

Beschlossen wurde, eine Ortsgruppe unserer Verbands in Dreikämmen zu errichten, weil dieses der Mittelpunkt für die Frage kommenden Handweber sei. In den praevoriorischen

Vorsitz wurde der Kollege Otto Jäger als Vorsitzender gewählt. Ferner der Kollege Richard Berghaus als Kassierer und Willi Gackser als Schriftführer. Nachdem die einzelnen Organisationsfragen behandelt, stellten sich eine Anzahl Kollegen als Vertrauensleute zur Verfügung.

Nach Erläuterung einiger Fragen sprach der Kollege Preis allen Anwesenden für die rege Teilnahme den Dank aus. Er knüpfte hieran die Bitte, nun das festste Zugreifen auch in die Tat umzusetzen, den Vorsitz taatkräftig zu unterstützen, damit denselben die Arbeit, welche er im Interesse der Ortsgruppe vornehme, erleichtert würde. Nachdem noch zur Betriebsratswahl Stellung genommen, schloß der Vorsitzende die schön verlaufene Versammlung.

Eitorf-Sieg. Die am 27. Mai einberufene Betriebsversammlung der Arbeiterschaft der hiesigen Kammgarnspinnerei war leider schlecht besucht. Vor Beginn der Versammlung ließ die Firma dem Kollegen Müller ein Schreiben überreichen, in dem sie ihr Erstaumen darüber ausdrückte, daß er es fertig gebracht, so viel Mut zu besitzen, den laufenden Tarif zu kündigen. Die Firma meinte, falls man an einem Abbau der Löhne dachte, sollte sie sich die Kündigung gefallen lassen, aber weitere Löhnernhöhungen seien ausgeschlossen. Zum Schluß flügte die Firma an: "Es ist Ihnen wohl ein Leichtes, höhere Löhne zu fordern, damit finden sie bei der Arbeiterschaft Gehör, aber die Industrie führen Sie dadurch dem Raum entgegen." Die Firma Schöller in Eitorf ist auch eine von denen, die am schlechtesten zu bewegen war, zeitgemäße Tarifhöhne zu zahlen. Es hat anfangs große Würde gefestigt, die Firma überhaupt zu einer Verhandlung mit den Organisationsvertreten zu bewegen, erst am Schlichtungsausschuß in Siegburg ließ sich der Herr Direktor Lohse bewegen, in Verhandlungen einzutreten. Bis dahin sind am hiesigen Orte Hungerlöhne gezahlt worden. Wenn wir die Behandlung, die die Arbeiterschaft in der Vergangenheit in diesem Großbetriebe erfahren, mal näher streifen wollten, so würden traurige Bilder an unserer Augen vorbeiziehen, doch wir wollen diesmal davon absehen. In der oben angeführten Versammlung wurde beschlossen, der Firma dieselben Forderungen, die im ganzen rechtsrheinischen Gebiet eingereicht worden sind, ein-

solcher Tag anzunehmen. Erwartungsvoll sahen die Arbeitervitten der von dem Herrn Direktor gehaltenen Ansprache entgegen. Was was hatte der Herr denn alles Gute mitzuteilen. Zunächst sollten die Leute, wenn sie hübsch lieb und brav wären, auch in diesem Jahre Freien haben, die sollte es ihnen gehören, ferner müßten sie auch recht fleißig sein, damit sie was verdienten, die Leute seien gegenwärtig so schlecht wie nie zuvor, aber er werde schon sorgen, daß sie Arbeit behielten. Der Verband würde ja doch nichts, die Löhne und alles andere würde auch so gekommen sein, höhere Löhne könnten nicht mehr gezahlt werden usw., wußte er zu erzählen. Was die Löhne angeht, so weiß der Herr Direktor ja selbst am besten, welchen Stand es gefestet hat, um diejenigen so zu gestalten, wie sie jetzt sind. Daß er einer der schlimmsten Gegner jeder Lohnhöhung gewesen, wird ihm wohl auch bekannt sein. Daß er kein Freund der Freien war, wird er wohl auch noch wissen. Wer war es dann, der beim Abschluß in Wenden erklärte, daß er, der Herr Direktor, unbedingt Freien haben müsse, aber die Arbeitervitten brauchten keine, da die Leute ja nicht würden, was sie in der Ferienzeit anfangen sollten? Außerdem, die Arbeiterschaft ist froh, wenn sie von einem Tag an den anderen kommt. Wenn der Herr Direktor der Meinung ist, daß höhere Löhne nicht gezahlt werden können, dann möge er zunächst mal dafür Sorge tragen, daß die Arbeiterschaft an die zur Zeit bestehenden Tarifhöhne kommt, damit uns die Arbeit erwartet bleibt, wie in der nächsten Zeit unter Angabe des Standes und des wirklichen verbündeten Lohnes auf das große Löhnerhältnis, was in dieser Saison besteht, aufmerksam zu machen. In der am 15. Juni stattgefundenen Versammlung rügte Kollege Müller die Arbeiterschaftsfeindseligkeit des genannten Herrn nochmals in das rechte Licht. Nicht durch schöne Worte, sondern durch entsprechende Taten sollte Herr Herbst beweisen, daß er ein Freund der Arbeiterschaft sei. Auch in Morsbach weiß man heute sehr gut, wie es in dieser Beziehung beim Direktor herbst besteht ist. Auch die hiesigen Arbeitervitten sind nunmehr der Überzeugung, daß nur durch die Organisation ihre Lage verbessert worden ist und in Zukunft Schlimmeres verhindert werden kann.

Opladen. Unsere am 4. Juni stattgefundenen Mitgliederversammlung war gut besucht. Kollege Janzen eröffnete dieselbe, gab den Freuden über den statlichen Besuch beruhigen in lebhaften Worten Ausdruck und forderte die Mitglieder auf, zu der nächsten Versammlung auch das letzte Mitglied heranzubringen. Als Redner für den Abend war der Kollege Dunkels-Möhl von der Deutschen Volksversicherung erschienen. Eingangs seiner Rede verbreitete sich derselbe eingehend über das neue Reichseinheitskundesteuergebot, um später auf das eigentliche Thema des Abends: "Unsere Deutsche Volksversicherung", einzugehen. Nachdem schilderte in trefflicher Weise der Vortrag eines Lebensversicherungsabschlusses bei der Deutschen Volksversicherung gegenüber den größeren Versicherungsgesellschaften und legte der Versammlung in eingehender Weise die einzelnen Tarife aneinander. Der Schluß seines Referates gipfelte darin, daß jeder Gewerkschaffter sich an seiner Familie versündige, der nicht einen Abschluß in der Lebensversicherung bei der Deutschen Volksversicherung für sich und seine Familie mache. Reicher Beifall lohnte den Redner. Im Verlaufe der nunmehr eingehenden Aussprache über den Vortrag teilte Kollege Dunkels noch mit, daß sich der Kollege Henning vom christlichen Metallerbeiterverband bereit erklärt habe, die Rechnungsstelle und Kollege Schmidt vom gleichen Verbande den Verkaufsausschuss für Opladen zu übernehmen. Dieselben stehen gerne bereit, weitere Anstrengungen über die Deutsche Volksversicherung zu geben. Nach kurzen Schlusswort des Kollegen Janzen, unermüdblich in der Aktion für die Ausbreitung unseres Verbandes tätig zu sein, schloß derselbe die Versammlung.

Gelsenstadt (Freistaat Hessen). Etwa 50 Arbeitervitten der Konservenbranche waren am 15. Juni hier zu einer Versammlung gekommen. Eine Textilarbeiterorganisation befindet hier noch nicht. Dementprechend sind aber auch die Verhältnisse der Arbeitervitten, Betriebschöpfer oder Betriebsrat sind in keinem Betrieb vorhanden. Die tägliche zehnständige Arbeitszeit ist die Regel. Der höchste Verdienst, welcher in einer Woche von den Arbeitervitten über 20 Jahre erzielt wurde, war 60 Mark. Kollege Remmel-Oeffenbach vom christl. Federarbeiterverband und Kollege Böhmer-Julde vom Betriebsverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands gaben den Kolleginnen die notwendigen Ausklärungen. Es wurde ihnen gezeigt, daß auch in der jetzigen Zeit nur eine stark organisierte Arbeiterschaft sich gegenüber den Arbeitgebern behaupten könnte und daß nur durch die Gewerkschaften den Arbeitern ein menschenwürdiges Dasein geschaffen werden kann. Jetzt müssen die Kolleginnen in Gelsenstadt dafür sorgen, daß auch die lehrt Roselin sich organisiert, dann werden auch die Verhältnisse der heutigen Zeit entsprechend werden.

Bekanntmachung.

Den Kolleginnen und Kollegen des Sekretariatsbezirks Althaus-Coesfeld zur Nachricht, daß sich ab 1. Juli das Büro

Coesfeld, Kronenstraße 1,

befindet.

Joh. Dicker, Sekretariatsbeamter.

Inhaltsverzeichnis.

Aufführung. — Artikel: Internationale Kongress der christlichen Gewerkschaften in Holland. — Preisabfall für Lebensmittel und Bedarfsgüter. — Die Schranke bricht — Neue Verordnungen und Gesetze. — Reichsforschungszentrum für wissenschaftliche Förderung der Textilindustrie. — Allgemeine Rundschau: Neuwahl der Beisitzer an den Kaufmanns-, Gewerbe- und Handelsgerichten. — Zusammenschluß der deutschen Unternehmerverbände. — Gewerbe-gerichtliches Porträt der Unternehmer. — Ein nechtes ökonomistisches Porträt der Unternehmer. — Aus unserer Industrie: Die Lage des Webstoffgewerbes. — Aus der internationalen Textilindustrie. — Aus unserer Betriebsversammlung: Ein Bericht des Betriebsratelokalvereins in Bittau. — Eine Konferenz von Ortsgruppenvertretern des Gladbachener Bezirks. — Aus dem sauerländischen Sekretariatsbezirk. — Konferenz der christlichen Gewerkschaften in Selm. — Bericht aus den Ortsgruppen: Bergneustadt. — Dreiämmen b. Berg. Born. — Eitorf-Sieg. — Engelskirchen. — Morsbach. — Opladen. — Seligenstadt (Freistaat Hessen). — Bekanntmachung.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Gerh. Müller, Düsseldorf 56, Konkordiestr. 7.